

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

Bierundsechzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Erscheint jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Bestellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 80 J. inklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J.

Bestellungen werden angenommen: für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungskonten, sowie in der Geschäftsstelle, Rittmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die vierspaltige Kopfzeile 12 J., die Restzeile 8 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Sonnabend, den 6. August 1910, vormittags 10 Uhr, soll in Schmidt's 1 Fahrrad gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Gasthof zum Erbgericht.

Bischofswerda, am 3. August 1910.

Der Gerichtsvollzieher des Königlich-Königlichen Amtsgerichts.

Viehmarkt in Pulsnitz: Dienstag, den 9. August 1910.

Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

Das Renette vom Tage.

Der Kaiser ist heute früh von Swinemünde nach Stettin abgefahren, traf vormittags in Berlin ein und nahm im Königl. Schloß Wohnung.

„Parceval 6“ ist gestern abend vor der Ballonhalle im Münchener Ausstellungspark glatt gelandet. (Siehe Luftschiffahrt.)

Die Stadt Odesa ist für pestgefährlich erklärt worden.

Durch eine Kesselexplosion wurden an Bord eines russischen Torpedobootes bei Kronstadt 6 Mann getötet und 1 verwundet.

Infolge Unterspülung des Bahnkörpers stürzte auf der Krøder Bahn in Norwegen ein Eisenbahnzug den Damm hinaus. Zwei Zugbeamte wurden getötet. (Siehe Unwetternachrichten.)

In Hauran (Syrien) haben Mohammedaner zwei Christenbörser getötet und ein Blutbad unter den Bewohner angerichtet. (Siehe Letzte Nachrichten.)

Auf dem Amur in der Nähe von Nikolajew in Rußland sind eine große Anzahl von Fischerbooten gesenkt und 200 Fischer ertrunken.

Der sozialdemokratische Sieg in Cannstatt-Ludwigsburg.

Seit den Wahlen des Jahres 1907 hat die Sozialdemokratie 7 Mandate gewonnen und zählt jetzt 50 Mitglieder. Landau-Neustadt, Koburg, Friedberg, Büdingen, Cannstatt-Ludwigsburg haben die Nationalliberalen, Halle-Saalkreis und Ufedom-Bollin die Fortschrittliche Volkspartei und Eisenach-Dernbach die Wirtschaftliche Vereinigung an die Sozialdemokraten verloren. Nur das Mandat vom Halle-Saalkreis war schon früher einmal im sozialdemokratischen Besitz, die sechs anderen sind neue Eroberungen. — Der sozialdemokratische „Vorwärts“ jubelt und sagt u. a.: Wollen die Liberalen nicht zerrieben werden zwischen der Sozialdemokratie und der Reaktion, so müssen sie sich in den Dienst des demokratischen Willens stellen.

Darauf erwidert die konservative „Kreuz-Zeitung“: Wenn man sieht, wie eifrig sich in Süddeutschland liberale Parteiführer, Minister und Bringen regierender Schüler in den Dienst des demokratischen Willens stellen, und wie trotzdem, oder gerade deshalb die Reichstags- und Landtagsmandate der Umsturzpartei zufallen, dann kann man verstehen, daß die Sozialdemokratie

den dringenden Wunsch hegt: Nur weiter so in der Unterwerfung unter den demokratischen Willen.

Die „National-Zeitung“ schreibt: „Wenn der „Vorwärts“ schreibt, der Sieg in Cannstatt-Ludwigsburg beweise, wie stark die Erbitterung gegen das herrschende Regime in Deutschland geworden sei, so hat er mit dieser Behauptung nicht ganz unrecht. Die Partei der Nichtwähler ist in Cannstatt-Ludwigsburg wieder in Erscheinung getreten, und wir fürchten, daß ihre Zahl sich bei den kommenden Wahlen noch vergrößern wird. Sie umfaßt die Verärgerten und Mißvergnügten, die mit dem Gang unserer Politik, mit der Haltung der Parteien und der Programmlosigkeit der Regierung unzufrieden sind. Nicht weniger groß ist aber die Zahl derer, die kurzerhand einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben haben, um ihren Groll über die steigenden Lasten der Reichsfinanzreform sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Es wäre zwecklos, über die allgemeine Verärgerung, die selbst in staatsstreuen bürgerlichen Kreisen immer mehr Platz greift, mit beschönigenden Worten hinwegzugleiten. Wir befinden uns nicht in einer Zeit wirtschaftlicher Depression, sondern die Löhne haben einen hohen Stand erreicht: es ist also nicht die materielle Not, die alle Unzufriedenen scharenweise unter die rote Fahne treibt. Vielleicht erwägt der Philosoph von Hohenfinow das ethische Gesetz, das mit unerhittlicher Logik die Massen der Wähler zu diesem Handeln zwingt, und ermißt an der Wirkung die Ursache der Deroute, die von Nachwahl zu Nachwahl größeren Umfang anzunehmen droht.“

Die „Berl. Polit. Nachrichten“ fassen ihr Urteil über diesen Wahlausgang in folgenden Worten zusammen: „Angesichts der Tatsache, daß uns nicht viel mehr als ein Jahr noch von den allgemeinen Reichstagswahlen trennt, ist es wirklich höchste Zeit, daß diese Erfahrungen aus den Wahlgängen im liberalen Lager beherzigt werden. Die Bilanz der seit der Reichsfinanzreform von den liberalen Parteien durchgeführten Wählertaktik bedarf der näheren Erläuterung nicht. Solche Wählertaktik erweist sich als geradezu selbstmörderisch. Man wird daher hoffen dürfen, daß wenigstens die gemäßigten Liberalen sich wieder auf sich selbst und auf die Gemeinsamkeit der nationalen und wirtschaftlichen Anschauungen befinnen werden, die sie mit den weiter rechts stehenden politischen Gruppen verbinden. Erst wenn dieser feste Boden in der Übereinstimmung nationaler und wirtschaftlicher Überzeugung wiedergewonnen ist, wird sich auch die feste Schlachtlinie bilden lassen, mit der man bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen dem Generalangriff der Sozialdemokratie erfolgreich begegnen kann.“

Wirkung der Reichsfinanzreform auf die Tabakindustrie.

S. Der soeben herausgegebene Geschäftsbericht des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie über das Jahr 1909/10 bespricht u. a. die Wirkungen der Zigarettensteuer: Wenn auch die Statistik über die Produktion eine aufsteigende Linie zeigte, so muß doch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus festgestellt werden, daß diese Steigerung nicht im Einklang steht mit der Rentabilität der Betriebe. Die Zigarettensteuer hat schon jetzt mit voller Klarheit gezeigt, daß speziell die kleinere Industrie unter der Steuerlast schwer zu tragen hat, einmal wegen der durch die Steuer erhöhten Anforderungen an die Kapitalkraft, ferner, weil die Industrie nicht in der Lage war, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen und somit die ganze Steuerlast auf ihre Schultern nehmen mußte und drittens, weil außerdem das Rohmaterial ständig stark im Preise gestiegen ist. Der Geschäftsbericht hebt weiter hervor, daß die Regierung auf die Vergütung der Differenz zwischen altem und neuem Steuerfuß für die am 1. September 1909 vorrätigen, bereits banderolierten Zigarettenhüllen abgelehnt hat, obgleich die Uebergangsbestimmungen für die aus dem Auslande hereinkommenden Fabrikate eine Vergütung vorgesehen hatte. Die Sicherheitsleistung für gestundete Zigarettensteuer wurde dadurch erleichtert, daß nunmehr auch die Rohstoffvorräte verpfändet werden dürfen. Auch der Tabak- und Zigarrenhandel hat nach Mitteilungen der Handelskammer Halle in dessen soeben veröffentlichten Jahresbericht außerordentlich gelitten. Die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingetretene starke Beschäftigung wich einer außerordentlichen Stille im Geschäft, sodas gegen Ende des Jahres die Fabrikanten vor Lagern des fertigen Fabrikates standen, die sie ohne Ausnahme zwingen, Arbeiter zu entlassen oder die Betriebe zu schließen. Die nachteiligen Folgen des Gesetzes dauern an und in Detailistenkreisen macht sich eine sehr bedeutende Einschränkung des Konsums bemerkbar. Nach dem geringen Ergebnis der ersten Monate des neuen Jahres sind die Aussichten für die nächste Zukunft nur als sehr schlechte zu bezeichnen. Eine Entschädigung der durch das Tabaksteuergesetz brotlos gewordenen Zigarettenarbeiter ist vom Bundesrat abgelehnt worden und zwar leider, wie es sich bei unseren Behörden immer mehr einzubürgern scheint, ohne Angabe der Gründe. Diese Stellung des Bundesrates ist sehr bedauerlich, weil sie sich weder vom menschlichen noch vom juristischen Standpunkte aus rechtfertigen läßt und steht in vollem Gegensatz zu der Auffassung des Reichstages, denn gelegentlich einer Interpellation haben die Redner